

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 10.01.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus,
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende Hanna Haupt	SPD-Fraktion	
Herr Roland Hildebrandt	CDU-Fraktion	Teilnahme von 16.00 – 16.50
Andreas Schachtschneider	CDU-Fraktion	Teilnahme von 16.00 - Ende
René Trömel	Fraktion DIE LINKE.	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE.	
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Katja Raab	FDP-Fraktion	
Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM	

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Sylvia Plättner
Helga Schubert
Kerstin Masur
Uwe Kramer
Beate Gellert
Leonhard Dölle

Beratende Mitglieder

Tobias Kogge	Beigeordneter	Teilnahme bis 18 Uhr
Katharina Brederlow	amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung	
Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat	
Frau Hackel	Arbeitsagentur	
KR Ralf Berger	Polizei Halle	
Rene Moses	Humanisten	
Frau Leonhard	Kath. Propsteipfarramt	
Dr. Kluge	Evang.Kirchenkreis	
Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter	Teilnahme bis 18 Uhr
Petra Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration	
Carola Messerschmidt	Landesschulamt	
Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde	
Anja Pohl	Stadtelternbeirat	Teilnahme bis 18.30Uhr

Entschuldigt fehlen:

Heike Wießner	CDU-Fraktion
Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antje Klotsch	stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Wiebach	Jobcenter
Richter Glomski	Amtsgericht

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Kinder- und Jugendsprechstunde auf.

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen sind, wurde die Sprechstunde sofort wieder geschlossen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung als auch die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach zur Tagesordnung an, dass heute von der Verwaltung eine Dringlichkeitsvorlage vorliegt, welche vorab bereits per E-Mail den Mitgliedern zugegangen und heute ausliegt. Sie bat darum, dass diese noch in die Tagesordnung aufzunehmen ist und rief zur **Abstimmung der geänderten Tagesordnung mit neuem TOP 5.2** auf:

Einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen)

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung vom 15.11.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
1. Lesung!
Vorlage: V/2012/11037
 - 5.2. Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11343
 - 5.2.1 Änderungsantrag Herr L. Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss zur Dringlichkeitsvorlage "Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms Stark III - EFRE, Phase " Vorlage-Nr.: V/2012/11343
Vorlage: V/2013/11393
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263
 - 6.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Errichtung eines Informationsportals freie Kita-Plätze
Vorlage: V/2012/11197
 - 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Etablierung des Konzeptes "Haus der kleinen Forscher"
Vorlage: V/2012/11324
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012
Vorlage: V/2012/11301
 - 8.2. Bericht "HALLIANZ für Vielfalt"
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2012 auf und fragte nach Änderungswünschen. Dies war nicht der Fall. Damit war die Niederschrift vom 01.11.2012 genehmigt.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sondersitzung vom 15.11.2012

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief die Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.2012 auf und fragte nach Änderungswünschen. Dies war nicht der Fall. Damit war die Niederschrift vom 15.11.2012 genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), gab die **nicht öffentlichen Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung des JHA vom 06.12.2012 bekannt:**

Zur Beschlussvorlage:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter dem Haushaltsvorbehalt 2013 die Förderung der Leistungen gemäß Prioritätensetzung in folgenden Teilbereichen:

Teilbereich 1:	Leistungen gemäß Leistungsbeschreibungen I bis XII für den SR I
Teilbereich 2:	Leistungen gemäß Leistungsbeschreibungen I bis XII für den SR II
Teilbereich 3:	Leistungen gemäß Leistungsbeschreibungen I bis XII für den SR III
Teilbereich 4:	Leistungen gemäß Leistungsbeschreibungen I bis XII für den SR IV
Teilbereich 5:	Leistungen gemäß Leistungsbeschreibungen I bis XII für den SR V
Teilbereich 6:	sozialraumübergreifenden Leistungen gemäß den Leistungsbeschreibungen I bis XII

gemäß der Anlagen 1 bis 6.

Zum Änderungsantrag von Herrn Dölle:

1. Zum Sozialraum 2: die „SKV KiTa gGmbH“, wo die Förderung bei einem beantragten Projekt (Nr. 84 – „Jugendberufshilfe im Bäumchen“) gestrichen und dafür jedoch das Projekt Nr. 87 (ohne Bezeichnung) den zuvor gestrichenen Betrag erhalten soll. Am Ende ist dies für den Sozialraum ausgabeneutral.
2. zum „Trägerwerk Soziale Dienste“ mit dem Projekt „TABU la rasa - Kontaktstelle für besondere Familien“.

Der Förderbetrag solle zunächst nicht bewilligt, aber auch nicht endgültig gestrichen werden. Das Projekt solle im Januar 2013 erneut geprüft und darüber dann für das Jahr 2013 schlussendlich abgestimmt werden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 1. Lesung! Vorlage: V/2012/11037**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief heute zur **1. Lesung des Haushaltes** des „alten“ Bereiches Jugendamt auf.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung ,mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt (m.d.W.d.G.b.), sprach an, dass der Haushalt, welcher den ehemaligen Bereich des Jugendamtes und somit den Jugendhilfeausschuss tangiert, zugegangen ist. Als Produkt neu dazugekommen ist das Schülerwohnheim, welches aus dem Bereich des Schulverwaltungsamtes kam und jetzt zum Bereich des Jugendamtes gehört. Hierzu hatte sie vergangenes Jahr den Jugendhilfeausschuss informiert. In diesem Jahr wird noch wie bisher gewohnt eine Einführung zu dem Haushalt des Jugendamtes (Bezeichnung alt) gemacht und dies erfolgt über Frau K.Schneider.

Frau Schneider, Teamleiterin Finanzen, sprach an, dass noch kein Rechnungsergebnis für das Jahr 2012 vorgelegt werden kann. Damit ist Ende Januar erst zu rechnen. Sie machte ihre Ausführungen anhand einer Präsentation. Es wurde auch immer der Vergleich 2012 zu 2013 mit dargestellt. Der Teilergebnisplan des Amtes 51 beginnt mit der Seite 842, hier ist der Bereich insgesamt abgebildet. Für das Jahr 2013 ist der Haushaltsansatz bei den ordentlichen Erträgen bei 30.944.200 Euro. Gegenüber dem Jahr 2012 sind in 2013 hier 1.525.094 Euro mehr enthalten. Sie erläuterte die einzelnen ordentlichen Erträge. Bei Kita sind die Förderung und die Zuschüsse enthalten, hier im Plan 2013 mit 24.078.000 Euro. Bei HzE sind die drei Produkte Hilfen für Minderjährige, für Volljährige und Inobhutnahmen und Bereitschaftspflege enthalten. Dazu gehört nicht die Klosterstraße. Für das Jahr 2014 wird hier eine genaue Anpassung in dem Gebiet erfolgen. Hier sind im Plan 2013 1.378.000 Euro enthalten. Beim Unterhaltsvorschuss ist ein Rückgang auf Grund gesunkener Fallzahlen und dadurch bedingtem geringerer Anteil an Erstattung vom Land verbunden, hier liegen wir 2013 bei 4.961.500 Euro.

Unter den Posten „Sonstiges“ fallen das Frauenschutzhaus, die Klosterstraße und Förderprogramme. Der Plan für 2013 liegt bei 380.400 Euro.

Die Jugendpauschale ist nicht mit dabei, da mit Änderung des Finanzausgleichsgesetzes hierfür keine Ergänzungszuweisung nach § 9 FAG mehr vorgesehen war. Im Dezember gab es einen Bescheid des Landes, dass die Jugendpauschale als zweckgebundene Landeszuweisung gewährt wird. Demnach muss wieder eine Veranschlagung im Produkt: 1.36201 Jugendarbeit erfolgen. Hierzu wird noch eine Änderung eingebracht – Erhöhung der Erträge um 500.000 EUR. Es läuft nicht über das Finanzausgleichsgesetz. Hierzu wird noch eine Änderung eingebracht und zwar 500.000 Euro mehr. Für das in 2013 dazugekommene Schülerwohnheim sind im Plan 2013 146.394 Euro enthalten. Frau Schneider erläuterte dann die ordentlichen Aufwendungen. Hier sind für 2013 im Plan enthalten 116.331.487, gegenüber dem Jahr 2012 sind 6.017.565 Euro mehr enthalten. Für das Schülerwohnheim sind im Plan für das Jahr 2013 555.228 Euro enthalten. Personalaufwendungen Jugendamt ohne Schulen sind im Jahr 2013 veranschlagt 10.668.500 Euro. Gegenüber dem Jahr 2012 sind das 525.400 Euro mehr. Hierbei sind Tarifierhöhungen mit enthalten.

Für ZGM Servicentgelt/Bewirtschaftung sind 578.659 Euro im Plan 2013 enthalten. Hier sind die Mieten für alle Objekte mit enthalten. Es erfolgte gegenüber 2012 eine Reduzierung in Höhe von -152.163 Euro. Die Reduzierung resultiert aus 1. noch nicht veranschlagten Nachzahlungen für Betriebskosten und 2. Reduzierung der Bewirtschaftungskosten – insbesondere beim Produkt 1.36701 Klosterstraße.

Beim Posten Bewirtschaftung FB 51 sind 104.529.100 Euro eingestellt für 2013, das sind gegenüber dem Jahr 2012 5.089.100 Euro mehr.

Im Produkt Kita – Förderung und Zuschüsse sind 65.198.600 Euro im Plan 2013. Hier ist die Kürzung enthalten, die nach der Haushaltskorrektur erfolgt ist. Im Plan 2012 fehlen hier noch die überplanmäßigen Ausgaben und die gesamten Buchungen, welche noch für 2012 laufen. Bis Ende Januar erfolgen noch die Buchungen aus 2012, erst danach steht das Ergebnis fest.

Der Plan ist bei weitem nicht ausreichend. Im Posten HzE, Hilfen für junge Volljährige und Inobhutnahmen und Bereitschaftspflege gab es gegenüber dem Jahr 2012 eine Erhöhung in Höhe von 3.510.000 Euro. Die Planung wurde auf Grund der tatsächlichen Fallzahlen ermittelt und liegt bei 29.910.000 Euro. Auch hier erfolgt der Rechnungsschluss erst Ende des Monats Januar. Wir kommen hier sicher bei 31.000.000 Euro für das Jahr 2012 an.

Beim Produkt Unterhaltsvorschuss gab es eine Reduzierung um -237.800 Euro, so das für das Jahr 2013 im Plan enthalten sind: 6.556.200 Euro. Fallzahlensteigerungen, die für das Jahr 2012 eingeplant waren sind nicht eingetreten. So ergibt sich trotz des geplanten Fallzahlenzuwachses für 2013 hier eine Reduzierung. Es wird noch eine Änderung im Haushalt geben auf Grund des § 19 (1) Familienfördergesetz (FamFöG), es müssen 2/3 der Einnahmen nach § 7 UVG an das Land abgeführt werden.

Beim Posten Förderung freier Träger der Jugendhilfe gibt es gegenüber dem Jahr 2012 eine Reduzierung um -310.000 Euro. Im Plan für 2013 sind jetzt enthalten: 1.565.600 Euro.

Bei den Erziehungsberatungsstellen sind im Plan 502.000 Euro, 82.000 Euro mehr gegenüber dem Jahr 2012. Beim Posten Sonstiges gibt es eine Reduzierung um -26.800 Euro, so dass im Jahr 2013 im Plan 796.700 Euro enthalten sind. Hier wird es auch eine Haushaltsänderung geben. Durch geplante Umstrukturierung und Umzüge wird es hier eine Erhöhung geben.

Frau Schneider teilte mit, dass im Ergebnis/Zuschuss laut Haushaltsansatz für das Jahr 2013

insgesamt -85.433.493 Euro eingestellt sind, das sind gegenüber dem Jahr 2012 -4.493.671 Euro mehr.

Sie wies nochmals darauf hin, dass die in den Bereichen Kita und HzE im Jahr 2012 erfolgten überplanmäßigen Ausgaben noch nicht im Plan enthalten sind und in einigen Posten auf Grund der noch laufenden Rechnungen aus dem Jahr 2012 es noch Änderungen geben wird.

Sie erläuterte anhand von Diagrammdarstellungen die Aufwendungen und die Zuschüsse im Teilergebnisplan des FB Bildung, Haushaltsplanentwurf, Planversion E31. Die Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 116.377.787 Euro. Das Gesamtergebnis bei den Zuschüssen liegt bei 85.433.493 Euro.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), bat darum, dass den Mitgliedern die heutige Präsentation zugemailt wird. Die Verwaltung sagte dies zu. (Anmerkung PF: ist am 11.01.13 erfolgt).

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass diese Präsentation nicht der Haushaltsplan ist. Es ist dabei zu beachten, dass mit dieser Präsentation versucht worden ist, die Zahlen komprimiert darzustellen. Der Haushalt liegt in der allgemeinen Struktur vor. Der Stellenplan wird sicher noch in der geänderten Form kommen. Die Planungsstände wurden durch Frau Schneider mitgeteilt und die konkrete Abrechnung zu 2012 wird Ende Januar erfolgen. Die Abarbeitung offener Sachen erfolgt. Er bittet heute zur 1. Lesung Fragen an die Verwaltung zu richten, damit diese möglichst gleich beantwortet werden können. Was heute nicht gleich zur

Beantwortung möglich ist, wird schriftlich erfolgen. Bei weiteren Fragen bittet er darum, diese schnellstmöglich an die Verwaltung zu reichen, damit darauf reagiert werden kann.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sagte an, dass zum Haushalt erst mal allgemeine Anfragen gestellt werden können, bevor die 1. Lesung zu den Produkten beginnt.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., der Stellenplan wird heute nicht thematisiert?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, das der allgemeine Stellenplan veröffentlicht worden ist. Sobald der neue Stellenplan da ist, wird dieser den Mitgliedern vorgelegt.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., dass die Eröffnungsbilanz 2012 noch kommt, gibt es hier noch große Veränderungen? Das hätte doch evtl. Auswirkungen auf den Haushalt, z.B. bei Abschreibungen bei Kitas.

Antwort Herr Kogge, dass die Verwaltung daran arbeitet, aber dies hier nicht das Thema ist.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., das Ergebnis aus der Haushaltsklausur liegt dem Haushalt bei. Er bittet um Mitteilung, wie das gelaufen ist, wie sind wir zu diesen Zahlen gekommen und können wir mit diesen Zahlen leben?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Zahlen des Geschäftsbereiches dargestellt worden sind als Haushaltsanmeldung und als Ergebnis der Haushaltsklausur, wie sie sind. Es gab eine schriftliche Anweisung, wie zu verfahren ist.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., teilte mit, dass es Prüfaufträge an die Fachbereiche im Dezember gab, es wurde gleichzeitig bereits reduziert und so im Haushaltsplan eingestellt. Zu den Realitäten der vorgesehenen Kürzungen sind wir im Gespräch. Wir erwarten eine realistische Umgehensweise mit den tatsächlichen Rechnungsergebnissen. Die Verwaltung hat geprüft, inwieweit was durchführbar ist. Die 5% Eigenbeteiligung der Gesamtkosten sind im Bereich Kita zu bringen. Die Erhöhung der allgemeinen Beträge (entsprechend der Änderung im KiFöG) und Satzungsänderungen müssen dann kommen. Im Bereich der Fördermittel ist die Situation gewesen, dass es hier nach der Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss einen Prüfauftrag gab, da der Haushaltsansatz hier gekürzt worden ist.

Anfrage Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sie findet es gut, wenn die realen Mittel eingestellt werden. Wie ist der Zeitplan, wenn die realen Zahlen vorliegen. 6 Mio Euro sollen dann im Detail dargestellt werden, wenn erforderlich auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung. Eine Konkretisierung muss erfolgen.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., sprach an, dass bis zum 31.01.2013 die Jahresrechnung 2012 erstellt wird. Der Jugendhilfeausschuss kennt die Zahlen, die Entwicklung in den Bereichen Hilfen zur Erziehung (HzE) und Kita wurden vierteljährlich diesem vorgestellt. Das muss nicht nochmal erfolgen. Bis zur nächsten Lesung des Haushaltes werden die Zahlen vorliegen.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, ob der Bereich Kita durch die Kürzungen gefährdet ist und wenn ja, welche? Vom Land wurde die Vollzeitbetreuung in Kitas beschlossen, wie geht die Verwaltung damit um?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wir haben immer mehr

Plätze im Bedarfs- und Entwicklungsplan als tatsächlich dann Kinder aufgenommen werden. Über die Mittel, welche uns zur Verfügung stehen, kann der Jugendhilfeausschuss vorberatend entscheiden und nicht über Mittel, die gewünscht werden. Dafür ist der Jugendhilfeausschuss nicht zuständig.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, ob er es richtig verstanden habe, dass der GB IV fachlich begründet hat, welche Mittel benötigt werden und die Verwaltungsspitze hat dies anders entschieden?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, es gab eine Festlegung, welche Summe wir haben und daran haben wir uns zu halten.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., dass für die Vollzeitbetreuung mehr Personal benötigt wird und demzufolge auch mehr Personalkosten. Es wird eine Prognose dazu erfolgen. Wir wissen noch nicht, ob alle Eltern für ihre Kinder das Angebot zur Vollzeitbetreuung in Anspruch nehmen werden.

Herr René Trömel, DIE LINKE., stellte fest, dass wir mit Planzahlen in die Haushaltslesung gegangen sind. Der Wunsch, was wir benötigen, ist das Eine. Anfrage: Kommen wir mit den reduzierten Mitteln hin oder nicht?

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass wir uns da einig sind, dass diese Mittel nicht ausreichend sind.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., sprach an, dass eine Abwägung dazu gemacht worden ist. Der Jugendhilfeausschuss kann nur im Rahmen dessen beschließen, was zur Verfügung steht. Im Rahmen der Prüfaufträge wird auf die Jugendhilfeplanung und die Abwägungen verwiesen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass die Bedarfe angemeldet worden sind. Wir müssen schauen, wie wir mit dem, was wir haben und kriegen auskommen und können das nur versuchen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass allgemeine Anfragen zum Haushalt gestellt worden sind. Sie sagte jetzt die 1. Lesung des vorliegenden Haushaltes an.
Es können gleich Anfragen dazu gestellt werden.

Seite 842	keine Anfragen
Seite 844	keine Anfragen
Seite 847	keine Anfragen
Seite 849	keine Anfragen

Seite 851

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., hier stehen im Ansatz 2013 im Ergebnis - 925.189 Euro drin. In dem Haushalt den die Stadträte erhalten haben, ist hier eine andere Zahl ausgewiesen. Woran liegt das?

Herr Dölle, stimmb. Mitglied (Freie Träger), schlussfolgerte, dass im Haushalt der Stadträte der 1. Haushaltsansatz drin ist und jetzt ist hier bereits der neue HH-Ansatz enthalten.

Herr René Trömel, DIE LINKE., sprach an, dass er erwartet, dass die Stadträte, wenn ein neuer Stand zum Haushalt vorliegt, natürlich diesen auch erhalten.

Frau Brederlow sprach an, dass die heute vorliegenden Zahlen die korrigierten aus dem SAP sind.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass es im Bildungsausschuss ein ähnliches Problem gab, was erläutert worden ist.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., sprach an, dass es im Bildungsausschuss nur eine Kürzung gab und zwar betrifft das das Raumflugplanetarium. Alles andere ist in dem Bereich des ehemaligen Schulverwaltungsamtes nicht gekürzt worden.

Frau Schneider, Teamleiterin Haushalt, sprach an, dass dies heute das aktuelle Planergebnis ist. Hier ist die Reduzierung um 310.000 EUR bereits ausgewiesen

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass die Haushaltsklausur im Dezember 2012 stattgefunden hat. Hier gab es die Aufforderung, die Kürzungen vorzunehmen und die Beigeordneten haben mitgeteilt, dass sie das nicht leisten können. Per 11.12.12 gab es dann die Änderung im Haushaltsansatz.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), ging in der 1. Lesung weiter und rief die weiteren Seiten auf.

Seite 853	keine Anfragen
Seite 857	keine Anfragen
Seite 860	keine Anfragen
Seite 862	keine Anfragen
Seite 864	keine Anfragen

Seite 866

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., hier sind im Ansatz für 2013 über 300.000 Euro weniger drin gegenüber dem Jahr 2012. Das hält er für erklärungs-würdig.

Antwort Frau Schneider, dass diese Differenz aus den veränderten Verrechnungen der Personalaufwendungen resultiert. Wir planen in diesem Produkt die reinen Transferleistungen. Die Planung für 2013 wurde angepasst, so dass geschaut werden musste, wie die gesamten Mitarbeiter zu welchen Anteilen mit welchen Aufgaben betraut sind. Im Ergebnis bedeutet dies veränderte Personalkostenanteile in den Produkten. Sie verwies hier auf die Personalkosten des FB 51, welche insgesamt nicht gesunken sondern gestiegen sind.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., also ist das in anderem Produkt dann wieder zu finden?

Antwort Frau Schneider, dass dies entsprechend auf andere Produkte verteilt wurde.

Seite 868	keine Anfragen
Seite 871	keine Anfragen
Seite 873	keine Anfragen
Seite 875	keine Anfragen

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., zur Stellenbesetzung. Im Jahr 2012 gab es im Jugendamt 194,5 Stellen, davon waren 182,7 Stellen besetzt. Welche Stellen sind jetzt zum 01.01.2013 besetzt? Er möchte hierzu eine Übersicht. Wie viel Stellen sind für 2013 geplant? Wie verteilt sich die Entwicklung auf das laufende Jahr?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., die ganzen Reduzierungen waren aus der Teilzeit-Initiative entstanden. Diese Stellen sind nicht kompensiert worden. Ein Großteil der Mitarbeiter arbeitet ab 01.01.2013 wieder 40 Stunden. Das kann sie darstellen, auch in welchen Bereichen dies ist. Es kann auch eine

Darstellung zu den unbesetzten Stellen erfolgen. Es laufen externe Ausschreibungen für die unbesetzten Stellen, welche mit viel Glück bis zum März 2013 besetzt sind. Es handelt sich hier um Sozialarbeiterstellen.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., zu den Reduzierungen/Verschiebungen – hierzu möchte er ebenfalls eine Darstellung haben. Im Plan wurde im Streetworkbereich 1 Stelle reduziert und auch bei den Erzieherstellen sieht er das. Er möchte die Darstellung zum ASD, KJSZ und die Verwaltung.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., die neue Darstellung kann erfolgen. Über die reduzierte Streetworkstelle ist sie auch erstaunt, hierzu wird sie anfragen.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., im Stellenplan des Dienstleistungszentrums Familie sind Veränderungen vorgenommen worden, woraus resultiert das?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., mit der Strukturveränderung, welche noch das Jugendamt vorgenommen hatte, gab es auch andere Bezeichnungen für Stellen. Jetzt gab es wieder Strukturveränderungen. Es ist schwierig, das in „Dreischritten“ darzustellen, dies wird zur 2. Lesung versucht darzustellen.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., zur Investitionsplanung.

Antwort Frau Schneider, Teamleiterin Haushalt, in diesem Bereich wird es immer schwieriger auf Grund der Haushaltslage. Hier sind für 2013 im Plan 7.300 Euro, im Jahr 2012 waren das noch 11.000 Euro.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), warum ist es selbstverständlich, dass notwendige Investitionen nicht im Haushaltsplan aufgenommen werden? Die Bedarfe sind doch da. Auch wenn keine Mittel da sind, muss dies doch reell im Haushaltsplan aufgenommen werden.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., das muss mit dem Haushaltsrecht und der fortlaufenden Haushaltsproblematik in Einklang sein. Die Stadt ist verschuldet.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass natürlich die notwendigen Mittel im Bereich der Investitionsplanung bei der Kämmerei angemeldet werden. Hierzu gehören auch die Brandschutzsicherung von Kitas und Schulen und das ist auch ein Schwerpunkt. Andere Dinge geraten immer mehr außen vor, weil die Mittel nicht da sind.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass ihre Frage war, warum es nicht trotz fehlender Haushaltsmittel im Plan steht. Trotz fehlender Mittel müssen doch Dinge wie Büromöbel etc. angemeldet werden, da diese auch mal ausgetauscht werden müssen. Wenn das nicht aufgenommen wird, tut sich da nie was.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass die Verwaltung ihre Prioritäten gemeldet hat. Kompromisse müssen auf Grund der Haushaltssituation geschlossen werden.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass doch nicht erst reagiert werden kann, wenn etwas kaputt geht oder zusammenfällt. Beispielhaft verwies er gleich auf das Mobiliar im heutigen Sitzungssaal, was auch erneuert werden müsste. So etwas gehört in den Haushaltsplan bei Investitionen.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass es zum Brandschutz in den Einrichtungen einen Beschluss gibt und die Verwaltung muss dafür sorgen, dass der Brandschutz in den Kitas gewährleistet wird. Sie verwies auf die Situation bei Kinderreich zum Brandschutz. Die Einrichtung war kurz vor der Schließung, die noch umgangen werden konnte. Die Frage ist, bei wie viel Kitas ist die Problematik nach wie vor ungeklärt?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., dass mehrfach gesagt worden ist, dass die Verantwortung hierfür beim Eigentümer des Gebäudes liegt.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., zum geplanten Umzug des KJSZ aus der Klosterstraße. Investitionen sind dort geblieben, heißt das, das u.a. auch die alten Betten mitziehen?

Die Verwaltung bejahte dies.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), beendete die 1. Lesung zum Haushalt und sprach an, dass noch auftretende Fragen an den Fachbereich zu richten sind, damit die Verwaltung sich vorbereiten und diese beantworten kann.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis

zu 5.2 Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11343

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung , mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt (m.d.W.d.G.b.) , sprach zur vorliegenden Dringlichkeitsvorlage an, dass die Verwaltung empfiehlt, diese anzunehmen. Es ist ein Auftrag aus dem Finanzausschuss gewesen, den Teil KITA für das Programm Stark III – EFRE, Phase 2 vorzulegen. Hierzu wurde bei den freien Trägern von Kindertagesstätten durch die Verwaltung angefragt und es gab einen Rücklauf dazu. Die Antragsteller müssen Einrichtungen haben, welche Demografie-sicher sind.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass er mit der Begründung wenig anfangen kann. Hier ist enthalten, dass die Verwaltung auf der Grundlage des ISW-Gutachtens geprüft hat, welche Kitas bestandsfähig sind. Kann man diese ISW-Studie einsehen? Für das Programm Stark III können doch acht Einrichtungen gemeldet werden, hier sind es nur 7?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung m.d.W.d.G.b., dass die Verwaltung eine Prioritätenliste zu sanierten bestandsfähigen Kitas beim Land abgibt. Jeder Träger kann sich hier bewerben. Das Land fragt ab und die Kommune reagiert mit einer entsprechenden Prioritätenliste. Bspw. ist die Kreativitätsschule mit Standort in Neustadt, hier ist keine Demografie-Sicherheit gegeben. Das Programm kommt vom Land und das gibt die Bedingungen hierfür vor.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob das ISW-Gutachten „unter Verschluss“ ist, da dieses nicht öffentlich gemacht worden ist?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, es gab eine Stellungnahme des Leiters des EB Kita. Dieser hat die ISW-Gutachten in Auftrag gegeben und sieht hier Daten seines Bereiches drin, die er nicht öffentlich auslegen möchte. Bei dem Gutachten wurden die Stadtteile und die Wanderbewegungen etc. angesehen. Dies haben sich auch die Stadtplaner, Sozial- und Jugendhilfeplaner angesehen. Das ISW-Gutachten sagt aus, dass es Zuwächse in einigen Bereichen geben wird. Das Programm „Stark III“ läuft über das Land. Wir als Kommune müssen die Demografie-Sicherheit sicherstellen. Es ist mit einem Geburtenrückgang ca. 2019/2020 zu rechnen. Können wir es uns überall leisten, Kitas zu sanieren, wenn klar ist, dass in einigen Jahren diese Kitas nicht mehr voll besetzt sein werden? Hier wurde die oberste Priorität gesehen und diese heute vorgelegten Einrichtungen fallen da drunter.

Anfrage Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zu den benannten finanziellen Auswirkungen in der Vorlage. Hier wird ausgesagt, das die Vorlage haushaltsneutral ist. Die Stadt muss die verlangten 30% für den EB Kita erbringen, somit sieht sie hier keine Haushaltsneutralität gegeben.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung m.d.W.d.G.b., dass die Summe im Wirtschaftsplan des EB Kita ausgewiesen wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass der EB Kita seine Abschreibungen in seinem Haushaltsplan aufzunehmen und zu bezahlen hat. Es ist keine Veränderung im Haushalt der Stadt. Wenn hier zu den freien Trägern diskutiert wird, müssen

wir auch zu den Abschreibungen anfragen. Dies fällt unter die Trägerhoheit und dieser muss entscheiden, ob er die im Programm verlangten 30% bringen kann.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass der EB Kita ein Betrieb der Stadt ist. Das ISW-Gutachten dürfte kein Geheimnis sein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass der Ausschuss des EB Kita die Unterlagen bekommen hat.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie im Ausschuss des EB Kita ist und das Gutachten nicht kennt. Bereits im letzten Stadtrat wurde von Frau Krausbeck hierzu angefragt. Bisher liegt keine Antwort der Verwaltung dazu vor, warum das Gutachten nicht öffentlich gemacht wurde. Sie möchte, dass die schriftlichen Anfragen aus dem Stadtrat November und Dezember hierzu schriftlich durch die Verwaltung beantwortet werden.

Zu dieser heute vorgelegten Liste wird ihre Fraktion nicht zustimmen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass in dem ISW-Gutachten keine Einrichtungen bewertet wurden sondern die Stadtteile und die zu erwartenden Veränderungen in den nächsten 20 Jahren. Er lässt die Aufträge aus dem Stadtrat prüfen, inwieweit hier noch offenstehende Dinge sind.

Anfrage Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., wieso bei dieser Liste die Kita Weingärten mit dabei ist? Am 09.11. wurden der Verwaltung durch den SKV Kita die Kita Frohe Zukunft und Knirpsenland gemeldet. Diese beiden Einrichtungen sind hier nicht aufgeführt worden. Sie regte an, dass in der Vorlage auch stehen sollte, dass freie Träger nicht nur Kreditmittel bei der Landesinvestitionsbank beantragen können sondern das die Stadt auch im Rahmen der Betriebskostenzuschussgewährung die Zins- und Tilgungsraten für die freien Träger nutzen können. Wie verhält sich das mit den Abschreibungen von freien Trägern?

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung m.d.W.d.G.b., dass vom Träger die Meldung intern versendet worden und erst gestern bei der Verwaltung eingegangen ist.

Zu der gemachten Anregung antwortete sie, dass sich das so nicht verhält. Dazu wird die Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

Die Verwaltung wird diese Anfrage schriftlich beantworten.

Hinweis von Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dass es Gerichtsurteile zum Umgang mit Abschreibungen freier Träger gibt.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., wie bisher der Demografie-Check in der Stadt gelaufen ist, unabhängig jetzt von dem ISW-Gutachten?

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dass es vom Land die Aufforderung gab, dass bis zum Jahr 2025 die Demografie darzustellen ist. Die Frage ist, bleiben die Eltern mit ihren Kindern in den bisherigen Stadtteilen und werden auch die heranwachsenden Kinder dort bleiben? Zuwachs ist in den Bereichen vom Zoo bis zum Stadion herum zu erwarten. Ab dem Jahr 2020 wird es Veränderungen im Bereich der Grundschulen geben und im Bereich Kita bereits ab 2018, da die Geburten zurück gehen werden. Hier muss die Nachhaltigkeit gesehen werden.

Anmerkung von Herr René Trömel, DIE LINKE., zum nicht öffentlich gemachten ISW-Gutachten. Dieses Gutachten ist doch sicher im Interesse des EB Kita entstanden. Damit

dieser sieht, wie die Entwicklung in Bezug auf seine eigenen Einrichtungen und Objekte sich entwickeln wird. Dann kann dieser einschätzen, wo Sanierungen von Einrichtungen noch Sinn machen. Aber offenbar war es Auftrag, hier gesamtstädtisch zu schauen, wie sich die Entwicklungen auf die Kitaeinrichtungen abzeichnen werden. Sonst wäre dies nicht Bestandteil in der Begründung, wo auf die Demografie-Sicherheit verwiesen wird.

Herr Weiske, Sozialplaner, sprach an, das die Stadtviertel untersucht worden sind und nicht die Einrichtungen. Wenn entsprechende Einrichtungen in dem jeweiligen Stadtviertel sind, ist dies für die Demografie-Sicherheit entscheidend zu betrachten.

Anfrage Herr René Trömel, DIE LINKE., wieso dann keine Veröffentlichung des ISW-Gutachtens möglich gemacht wird? Er verwies auf das Subsidiaritätsprinzip. Wenn dies zur gesamtstädtischen Planung herangezogen wird, dann betrifft dies auch die Jugendhilfeplanung und dann gehört das Gutachten dort mit auf den Tisch.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sprach an, dass er die heutigen Anregungen für ein Gespräch mit dem Leiter des EB Kita mit nehmen wird. Er wird mit diesem sprechen, welche Sachen aus dem ISW-Gutachten öffentlich dargestellt werden können und nicht Daten des EB Kita betreffen.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass er jetzt auch als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung spricht. Als der Unterausschuss Ende vergangenen Jahres von diesem Gutachten gehört hatte, wurde zur Entwicklung als auch zum ISW-Gutachten angefragt, um das mit nutzen zu können. Das war nicht möglich gewesen. Warum soll der UA Jugendhilfeplanung nicht mit diesen Daten des Gutachtens arbeiten, wenn diese Daten jetzt von der Verwaltung hier in dieser Begründung aber genutzt werden?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte zu, sich dafür zu verwenden, dass Teile des Gutachtens, welche nicht mit den Daten des EB Kita versehen sind, frei gegeben werden. Er wird hierzu das Gespräch mit dem Leiter des EB Kita suchen.

Anfrage Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, was ist der Sinn eines Gutachtens? Das der Gutachter das rein schreibt, was man hören möchte. Da kann man zu einer Sache verschiedene Gutachter beauftragen und es werden verschiedene Gutachten raus kommen. Das Gutachten des EB Kita ist das Eine, was wäre aber, wenn ein freier Träger bspw. die Erste Kreativitätsschule ebenfalls ein Gutachten beauftragt, welches ein völlig anderes Ergebnis bringt.

Dann hätten wir ein Problem. Wenn ein Gutachten in Auftrag gegeben wird, dann darf es nicht ein Gutachten des EB Kita sein sondern der Stadt und dann muss es öffentlich einsehbar sein.

Herr Kogge verwies auf den zweiten Beschlussvorschlag, in welchem prioritäre Einrichtungen von der Verwaltung vorgeschlagen werden. Der Jugendhilfeausschuss soll beschließen, dass die Stadt diese Einrichtungen meldet. Die Entscheidung liegt ohnehin beim Land.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass die Erste Kreativitätsschule hier nicht benannt wurde und demzufolge benachteiligt ist.

Antwort Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, dass es darum ging, dass das Gebäude beurteilt werden sollte. Wie soll die Stadt anders bewerten und wie soll das in 10 Jahren gewährleistet werden? Er kann kein Risiko eingehen. Die Geburtenrate wird sich verändern und wieder nach unten gehen. Auch eine private Schule wird sich daraus resultierend verändern.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung m.d.W.d.G.b., verwies nochmals auf den Demografie-Check. Es geht nicht um die Beurteilung von Inhalten einer Einrichtung. Es geht um den Standort des Gebäudes und das wurde abgefragt. Es wurde nicht gesagt, dass das Konzept einer Einrichtung nicht bestandsfähig ist, hier geht es einzig und allein um den Standort.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied fragte an, ob die Notwendigkeit besteht, dass die Stadt freie Träger an das Land hierzu meldet? Er sieht das nicht so. Er schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag Punkt 2 gestrichen und nur über den Punkt 1 abgestimmt wird. Er begründete dies damit, dass sehr viel Unzufriedenheit und Unsicherheit besteht, da das in der Begründung aufgeführte ISW-Gutachten den freien Trägern nicht bekannt ist. Die freien Träger müssen ihren Antrag für dieses Programm selbst beim Land einreichen und können sich hierzu an die Verwaltung wenden, die eine Stellungnahme dazu abgibt. Aus den genannten Gründen stellt er einen Änderungsantrag.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin im Fachbereich Bildung, sprach an, dass die Schwierigkeit darin liegt, dass die Träger bis Mai 2013 sich hierfür bewerben können und die freien Träger eine Stellungnahme zum Demografie-Check benötigen. Das Land fragt immer wieder nach Listen, welche wir erfasst haben. Was das Land dann letztendlich aus den Meldungen macht, wurde ja in der 1. Phase zum Programm gesehen. Die Einschätzung zum Demografie-Check muss der örtliche Träger machen. Es könnte auch zum 2. Punkt abgestimmt werden, da es sich hierbei um die prioritär angesehenen Einrichtungen handelt, die gemeldet werden sollen.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), äußerte sich ebenfalls zum ISW-Gutachten und die Interpretation dessen. Wenn die Aussage im Gutachten wäre, dass nur noch die Hälfte der Kitaplätze in einigen Jahren benötigt werden und daraus sich die Frage ergibt, ob dann noch in diese Kitas Mittel für eine Sanierung fließen sollen, muss er fragen, welche Überlegungen hier zugrunde liegen? Das wäre für den JHA gut zu wissen.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung m.d.W.d.G.b., sprach bspw. den Stadtteil Neustadt an. Hier gibt es nicht nur alte sondern auch neue Kitas. Es wird schon geschaut, welche Einrichtungen bereits saniert sind und welchen Bestand diese haben. Sicher ist die Frage auch, wie viel sanierte Einrichtungen haben wir in den Stadtteilen.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evang.Kirchenkreis), fragte an, welches Interesse der EB KITA haben könnte, dieses Gutachten nicht heraus geben zu wollen? Der EB Kita könnte hier selbst erst schauen, in welche Kitas er zukünftig noch investieren will. Dem sollte die Stadt entgegenwirken.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass die freien Träger bereits am Programm Stark II teilgenommen haben. Hier wurde kein ISW-Gutachten benötigt. Beim Land zählen die bundesweiten Erhebungen wie bspw. von der Bertelsmannstiftung, Die Stadt Halle hat hier gute statistische Erhebungen. Diese Studie wurde vom EB Kita in Auftrag gegeben. Jeder freie Träger, welcher es bezahlen könnte, könnte einen Auftrag für ein Gutachten auslösen. Die Frage ist, wo es Sinn macht, zu investieren. Der EB KITA darf hierbei nicht bevorteilt werden. Der Vorschlag sollte zurück gezogen werden oder die freien Träger kommen hier mit rein, unabhängig von dem ISW-Gutachten.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), es ist ein Punkt für die Jugendhilfeplanung, das Standortplanungen gemacht werden und zwar mit allen freien

Trägern und nicht nur mit dem EB KITA. Sie wird sich im Unterausschuss Jugendhilfeplanung stark machen, dies zu diskutieren.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass die Abstimmung zum Punkt 1. Wichtig ist. Ihr ist bekannt, dass die KITA „Sausewind“ bald zusammen fällt, wenn nichts passiert.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zuerst den Änderungsantrag von Herrn Dölle zur Abstimmung auf.

Einstimmig zugestimmt

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief dann zur Abstimmung des gebliebenen 1. Beschlussvorschlages auf. Punkt 2 wurde gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen des Förderprogramms STARK III – EFRE, Phase 2, für folgende Kitas des EB Kita das Antragsverfahren zur Förderung von Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz zu begleiten:
 - Kitas Traumland/Sausewind, Albert-Schweitzer-Straße 25 a
 - Kita Stadtzwerge, Krausenstraße 12
 - Kita Mauselloch, Gaußstraße 6
 - Kita Hasenberg, Maxim-Gorki-Straße 9

- ~~2. Im Rahmen des Förderprogramms STARK III – EFRE, Phase 2, werden folgende prioritär zu sanierende bestandsfähige Kitas in freier Trägerschaft dem Land gemäß Förderrichtlinie gemeldet:~~
 - ~~➤ Evangelische Stadtmission, Weidenplan 3-5~~
 - ~~➤ Studentenwerk Halle, Kita Weinberg, W. Langenbeck-Str. 7~~
 - ~~➤ Kreiskirchenamt, Kita Gesundbrunnen, Diesterwegstraße 16~~
 - ~~➤ SKV Kita gGmbH, Kita Weingärten, Böllberger Weg 189 a)~~
 - ~~➤ BUK e.V., Kita Eigensinn, Otto-Kilian-Straße 38a)~~
 - ~~➤ BUK e.V., Kita Erleben, Otto-von-Guericke-Str. 4~~
 - ~~➤ Zweckverband Kita, Kita St. Ulrich, Wilhelm-Külz-Str. 24~~

**zu 5.2.1 Änderungsantrag Herr L.Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss zur Dringlichkeitsvorlage "Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms Stark III - EFRE, Phase " Vorlage-Nr.: V/2012/11343
Vorlage: V/2013/11393**

Text siehe unter TOP 5.2

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

Punkt 2 im Beschlussvorschlag zu streichen
Punkt 1 abzustimmen

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung
Vorlage: V/2012/11263**

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass durch die antragstellenden Fraktionen der vorliegende Antrag im Beschlusstext geändert worden ist. Dieser geänderte Antrag liegt den Mitgliedern vor.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach als Vertreterin einer antragstellenden Fraktion. Ende des Jahres 2012 haben sich die beiden Fraktionen, welche den Antrag formulierten, zusammengesetzt und mehrere Rechenbeispiele hierzu durchgerechnet und nicht nur den Träger SKV Kita. Sie haben festgestellt, dass mit den Trägern individuell verhandelt wird. Es ist hierbei nicht klar, nach welchen Voraussetzungen dies erfolgt. Die Fraktionen haben sich auch Herrn Dr. Kluge vom Zweckverband Kindertagesstätten gewandt und diesen hinzu gezogen. Es gibt unterschiedliche Aussagen von der Verwaltung und den freien Trägern und deshalb sind sie jetzt auf den im Antrag veränderten Eigenanteil der freien Träger in Höhe von 1,3% der notwendigen Sachkosten gekommen. Sie gehen davon aus, dass der von der Verwaltung verlangte 5%ige Eigenanteil von keinem freien Träger erbracht werden kann.

Herr Dr. Kluge, Beratendes Mitglied (Evangelischer Kirchenkreis), sprach an, dass er vom Büro der Fraktion von Frau Wolff gebeten worden ist, seine Sichtweise darzulegen. Von ihm wurden die 1,3% als Eigenanteil empfohlen. Die kirchlichen Kitaeinrichtungen sind nicht in der Lage, ihren Eigenanteil zu erwirtschaften. Sie erhalten Zuschüsse vom Kirchenrat, diese können fließen aber auch nicht. Deshalb steht auch die Frage des Eigenanteils im Jahr 2012

an. Erst die Verwendungsnachweisprüfung kann bringen, was tatsächlich durch die jeweilige Kita möglich ist, als Eigenanteil erbringen zu können. Bis zur Verwendungsnachweisprüfung bleibt ein erhebliches Risiko für die Träger der Einrichtungen. Die Kriterien für die Eigenbeteiligung sind nicht transparent für alle Träger. Herr Kogge hatte vergangenes Jahr gesagt, dass er gern einen Wirtschaftsprüfer in die Einrichtungen schicken würde, um zu sehen, welcher Träger nicht zahlen kann. Es laufen Verhandlungen mit den Trägern. Der jetzt vorliegende Beschlussvorschlag von den antragstellenden Fraktionen würde den freien Trägern eine gewisse Sicherheit geben.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt (m.d.W.d.G.b.), sprach an, dass die Endabrechnung mit der Verwendungsnachweisprüfung kommt. Es kann dann passieren, dass Träger weniger als 5% zu zahlen haben. Dies muss aber geprüft und nachvollzogen werden. Die Nichtzahlungsfähigkeit des Eigenanteils muss nachgewiesen werden. Eine gesetzliche Grundlage für das Handeln der Verwaltung ist vorhanden. Im KiFöG steht, dass „in der Regel bis zu 5% der Gesamtausgaben“ für den Eigenanteil herangezogen werden sollen. Die Kitas werden bis jetzt auf der Grundlage des § 74 SGB VIII finanziert und dieser weist auf die Erbringung des Eigenanteils hin und dass dieser erbracht werden muss, wenn dies leistbar ist. Wir können nicht sagen, was in den Haushaltsbüchern der freien Trägern steht. Deshalb muss die Verwendungsnachweisprüfung erfolgen.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin im FB Bildung, wies darauf hin, dass es keine Verhandlungen mit den freien Trägern von Kitas gibt sondern grundsätzlich die 5% Eigenbeteiligung abgerechnet werden.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, er hat vor ca. 1 Jahr bereits angefragt, wie hoch der Eigenanteil der freien Träger ist. Jetzt gehen die freien Träger von 1,3% aus, die sie erbringen können. Die freien Träger, welche mehr zahlen können, sollen also das Gleiche zahlen und damit entlastet werden gegenüber den Trägern, die diese Summe geradeso erbringen können? Warum hat man hier das Jahr 2012 immer noch drin?

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies auf den Stadtratsbeschluss, dass der Eigenanteil nicht bezahlt werden muss.

Antwort Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, dass ihm ein solcher Beschluss nicht bekannt sei.

Frau Schöps sprach an, dass es einen Stadtratsbeschluss, dass 5% Eigenbeteiligung nicht zu erbringen sind, nicht gibt. Das Jahr 2012 ist jetzt vorbei und die Träger haben die Verwendungsnachweise einzureichen. Die Verwaltung muss diese prüfen und dann wird gesehen, wer diese Eigenbeteiligung zahlen kann und wer nicht. Es gibt eine klare gesetzliche Regelung. Bei der Haushaltssituation konnte die Verwaltung das gar nicht mehr machen, dass die 5% Eigenbeteiligung ohne Berücksichtigung der Personalkosten berechnet wird. Das war bereits ein Entgegenkommen, mehr geht nicht.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass sie auf jeden Fall diesem Antrag zustimmen wird. Die freien Träger haben in den Vorjahren schon möglich gemacht, was möglich war. Die Träger haben Leistungen selbst erbracht in Form von Malerarbeiten, Gartenarbeiten u.a. Die Prüfung der Verwendungsnachweise für die Jahre 2005, 2006 und 2007 ist gar nicht erfolgt. Jetzt wurde mit dem Jahr 2008/2009 begonnen zu prüfen. Es müssen alle Verwendungsnachweise geprüft werden, evtl. bekommt die Stadt noch etwas oder Träger haben zu viel bezahlt und müssen etwas zurück erhalten. Die Rahmenrichtlinie wird hier nicht eingehalten, dass Zahlungen pünktlich erfolgen. Abschreibungen und Zinsen werden ebenfalls nicht eingehalten.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b.

wies darauf hin, dass es die Rahmenvereinbarung gar nicht mehr gibt, welche hier erwähnt wurde. Es gibt eine Richtlinie zur Finanzierung und Leistungssicherung in Kindertageseinrichtungen und diese ist im Jahr 2008 in Kraft getreten und seitdem wird danach geprüft. Jetzt werden die Jahre 2009/2010 geprüft, dafür hat der Fachbereich zusätzliches Personal erhalten, welches dringend dazu erforderlich war. Es gibt Gerichtsurteile zu den Abschreibungen und die Verwaltung hat sich daran gehalten.

Frau Schöps sprach an, dass die Verwaltung entsprechend der aktuellen Richtlinie, welche seit 2008 gültig ist, arbeitet. Die heute getroffenen Aussagen sind sehr allgemein, dann muss konkret gesagt werden, was gemeint ist. Im Vorfeld wurde den Trägern gesagt, was dieser bekommt. Es erfolgten Risikoprüfungen. Sie verwahrt sich gegen solche Aussagen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, sprach an, dass in Magdeburg bereits der Eigenanteil heran gezogen wird. Hier wurden Kriterien erarbeitet und Verhandlungen mit den freien Trägern dazu geführt.

Bei vorliegendem Antrag ist falsch, dass hier generell für alle Träger 1,3% Eigenanteil herangezogen werden sollen. Das ist gesetzlich nicht korrekt. Im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit sollen die freien Träger zahlen. 5% kann sicher keiner zahlen, aber entsprechend der Zahlungsfähigkeit, die eine Prüfung mit sich bringt, soll gezahlt werden. Demzufolge würde sie den Antrag so wie er ist ablehnen.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass es die Richtlinie seit dem Jahr 2008 gibt. Es wurde seit damals versucht, mit einer Arbeitsgruppe die Wirtschaftlichkeit

eines Trägers zu prüfen. Dies verlief ergebnislos. Es erfolgte der Hinweis, dass individuelle Trägergespräche erforderlich sind. Man muss sich anschauen, wie wirklich die Wirtschaftlichkeit erbracht werden kann. Eine Verwendungsnachweisprüfung erfolgt im Nachgang. Aber erst einmal müssen die Träger die 5% Eigenbeteiligung bringen und das über Jahre schultern, bis die Prüfung erfolgt ist. Es muss eine Frist geben, bis wann die Verwendungsnachweise geprüft werden müssen.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie jetzt Kritik an den freien Trägern üben muss. Der Antrag steht seit Ende November und ist den freien Trägern bekannt. Sie hört heute erstmalig von solchen Dingen und hätte erwartet, dass sie entsprechende Anregungen von den Trägern dazu erhält.

Frau Schöps sprach an, dass die Risikoprüfung für 2008 abgeschlossen wurde. Es müssen auch die personellen Ressourcen angesehen werden, die für eine Verwendungsnachweisprüfung erforderlich sind.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, sprach an, dass er jetzt die Situation der freien Träger im Detail so nicht kennt. Vorwürfe bringen uns jetzt nicht weiter. Dem vorliegenden Antrag könnte er jetzt so nicht zustimmen, da nicht für alle Träger der gleiche Eigenanteil angesetzt werden kann, da die Leistungsfähigkeit der Träger unterschiedlich ist. Das wäre nicht im Sinne einer Gleichbehandlung. Die Anregung von Frau Plättner findet er gut und unterstützt diese. Hierzu wäre ein Antrag erforderlich oder ein Auftrag an die Verwaltung.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) findet den Antrag gut und richtig. Heute steht der Antrag zur Debatte und sie sieht, dass sich hier Stadträte intensiv damit beschäftigt haben. Es sollte hierzu abgestimmt werden. Die Anregungen können ja zusammen gefasst und angeschaut werden.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung des Antrages auf:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) zur Erstattung der notwendigen Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) gemäß § 11 (4) KiföG vom 12.11.2004, Stadtratsbeschluss vom 26.03.2008 (Beschluss – Nr.: IV/2007/06566), wird in § 5.4 Eigenanteil Absatz 2 wie folgt geändert:

Geänderte Regelung (kursiv und fett gedruckt):

„Gemäß § 11 Absatz 4 KiföG bemisst sich der Eigenanteil von in der Regel bis zu 5 v. H. an den notwendigen Gesamtkosten.

Der Eigenanteil der freien Träger in der Stadt Halle (Saale) wird auf 0,3% der notwendigen Gesamtkosten 1,3% der notwendigen Sachkosten (Sachkosten = Gesamtkosten abzüglich Kosten pädagogischem Personal) festgelegt. Diese Regelung gilt für die Jahre 2012 und 2013.“

Wenn durch den Träger nachgewiesen wird, dass seine wirtschaftliche Kraft nicht ausreicht, kann auf Antrag gegenüber der Stadt Halle (Saale), Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, ein niedrigerer Eigenanteil angesetzt werden“

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief um 18.40 Uhr eine Pause von 10 min. auf.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Errichtung eines Informationsportals freie Kita-Plätze
Vorlage: V/2012/11197**

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach zum Antrag ihrer Fraktion. Ihr war klar, dass dies eine schwierige Materie ist. Man kann die Träger nicht zwingen, die taggenauen freien Kita-Plätze zu melden. Eltern sollten aber die Möglichkeit haben, nachschauen zu können, welche Kitaplätze evtl. in ihrem Wohngebiet frei sind.

Anfrage Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), was die Fraktion zur Stellungnahme der Verwaltung sagt.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, antwortete, das sie sich zum Antrag artikuliert hat und nicht die Stellungnahme der Verwaltung kommentieren muss.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass die Aktualität dieses gewünschten Informationsportals nicht gewährleistet werden kann. Wenn bspw. drei freie Plätze gemeldet werden, dann sind diese doch so schnell weg, das dies mehr Frust erzeugt als gewollt ist. Es müssten von allen Trägern die freien Plätze gemeldet und sofort aktualisiert werden, das ist schwierig umzusetzen.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, das es seit dem 01.12.12 ein Dienstleistungszentrum Familie gibt, welches schauen kann, wie eine Vermittlung erfolgen kann. Er würde einen Änderungsantrag stellen wollen, dass das Dienstleistungszentrum Familie beauftragt wird, wie eine Vermittlung von freien Plätzen zu erfolgen hat.

Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) sprach an, dass sie die Idee als solches gut findet, da ihr von vielen Müttern bekannt ist, dass diese alle Träger von Kitas ablaufen, um zu erfragen, wo ein freier Platz wäre. Zumindest sollte es auf der Homepage der Stadt eine Seite geben, welche Träger freie Plätze haben und welche Einrichtungen es gibt.

Frau Kerstin Masur, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass solch ein Informationsportal gepflegt werden muss und das ist sehr zeitintensiv und es muss auch gesehen werden, welcher personellen Aufwand man zur Einarbeitung und Pflege eines solchen Portals benötigt. Gibt es nicht schon Portale der Stadt.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), unterstützt die Idee der Verwaltung in der Stellungnahme, dass dies an die Arbeitsgruppe § 78 Kita herangetragen wird. Die AG kann dann schauen, welche Möglichkeiten hierzu gesehen werden. Sie kann Eltern gut verstehen, die von Einrichtung zu Einrichtung laufen, um einen Platz für ihr Kind zu finden.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), findet die Idee mit der Beauftragung der AG nach § 78 Kita auch gut und unterstützt das.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass sie ihren Antrag zurück stellen würde, wenn dies an die AG § 78 Kita gegeben wird und wartet dann ab, was für ein Ergebnis dabei raus kommt. Sie fragte die Verwaltung, wie viel Zeit die Einberufung der entsprechenden AG benötigt.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt (m.dW.d.G.b.) das momentan die Verwaltung in der Umstrukturierung ist. Sie geht davon aus, dass der erste Termin für die AG Ende Februar sein könnte.

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zieht wie angekündigt den Fraktionsantrag zurück.

Frau Brederlow sagte zu, dass eine Verlinkung auf den Kita-Wegweiser nicht das Problem sein dürfte und die Verwaltung das prüft.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), stellte fest, dass der Antrag zurück gezogen wurde und die AG § 78 Kita sich mit der Problematik beschäftigen soll.

Abstimmungsergebnis:

Zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

auf der haleschen Internetseite (www.halle.de) ein Informationsportal bis zum 1.3.2013 einzurichten, um Eltern eine schnelle Übersicht zu freien Plätzen von Kindertagesstätten von Freien Trägern und dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten sowie von Betreuungsangeboten von Tagespflegepersonen (Tagesmütter/-väter) anzubieten.

zu 6.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Etablierung des Konzeptes "Haus der kleinen Forscher" Vorlage: V/2012/11324

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief den vorliegenden Antrag auf und wies auf die vorgelegte Stellungnahme dazu hin. Die Verwaltung empfiehlt die Annahme des Antrages.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass der Bildungsausschuss diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt hat.

Es gab keine Anfragen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), rief zur Abstimmung des Antrages auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung regt in den Gesamtkonferenzen der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt an, das Konzept „Haus der kleinen Forscher“ im Schulalltag zu etablieren.
2. Sie regt auch freien Hortträger an, das Konzept „Haus der kleinen Forscher“ in die Arbeit der Horte zu integrieren.
3. Die Stadtverwaltung koordiniert sich dafür mit den lokalen Netzwerkpartnern.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012 Vorlage: V/2012/11301

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass die Informationsvorlage „Teilbericht Kinderarmut 2012“ den Mitgliedern zur Kenntnisnahme vorliegt. Sie bat diese zur Kenntnis zu nehmen und wies darauf hin, dass evtl. Anfragen dazu unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

zu 8.2 Bericht "HALLIANZ für Vielfalt"

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), wies darauf hin, dass dieser Bericht heute allen Mitgliedern zur Kenntnisnahme vorgelegt worden ist. Bei evtl. Anfragen können auch diese unter dem TOP Anfragen gestellt werden.

zu 9 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sprach an, dass der Themenspeicher mit Stand vom 12.12.12 allen Mitgliedern vorliegt. Mittlerweile steht die Tagesordnung für die Sitzung Februar fest, so dass sie die Themen für den JHA 07.02. ergänzen kann:

- Haushalt 2. Lesung
- Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen, hier § 5 Betriebsferien
- Antrag der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Richtlinie für Kindertagespflege und damit verbunden will die Verwaltung die entsprechende Beschlussvorlage versuchen vorzulegen

Frau Schneutzer, Beratendes Mitglied (Beauftragte für Migration und Integration), teilte mit, dass sich der Ausländerbeirat neu gegründet hat. Dieser möchte sich dem Jugendhilfeausschuss vorstellen, sie bittet dies im Themenspeicher zu berücksichtigen.

Frau Hanna Haupt, Ausschussvorsitzende (SPD), sagte die Aufnahme in den Themenspeicher zu. Es wird geprüft, wann dies möglich ist. Im Februar nicht, da hier nochmals der Haushalt eine Rolle spielt.

zu 10 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) fragte an, ob er den Kinderarmutsbericht als PDF-Datei zugemailt bekommen kann, damit er diesen an Träger weiter senden kann.

Herr Weiske sagte dies zu.

Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) fragte an, wie der Stand zum Dienstleistungszentrum (DL) Familie ist.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin im FB Bildung, mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt (m.d.W.d.G.b.) gab die Beantwortung an den amtierenden Leiter des DLZ Familie, Herrn Wilhelm weiter.

Herr Wilhelm, amtierender Leiter DLZ Familie, m.d.W.d.G.b., das sich gegenwärtig inhaltlich noch nicht so viel ergeben hat. Der Zeitplan des Oberbürgermeisters von 3 Monaten zur Arbeitsfähigkeit steht auch noch so. Am Sonntag ist „Tag der offenen Tür“ auch im DLZ Familie, so dass Interessierte sich hier zu den Aufgaben, welche gegenwärtig schon laufen, informieren können.

Anfrage Frau Schubert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), ob zu den Aufgaben von Herrn Rochau hier informativ etwas gesagt werden kann.

Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., antwortete, dass Herr Rochau als Mitarbeiter im Bereich Strategische Steuerung des Oberbürgermeisters

tätig ist. Sie gab das Wort an diesen weiter, da er im Sitzungsraum anwesend war.

Herr Rochau, Mitarbeiter Strategische Steuerung im Bereich des OB, antwortete, dass er beauftragt ist, die Prüfaufträge der Ämter mit zu begleiten und in der Vorausschau eine Abstimmung mit den Bereichen durchzuführen, was fortentwickelt werden kann. Schwerpunkt ist die Sozialplanung insgesamt.

zu 11 **Anregungen**

Frau Sabine Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, das die vorhin gemachte Anregung hinsichtlich einer Kriterienfrage ähnlich wie in Magdeburg praktiziert, zur 5%igen Eigenbeteiligung aufgenommen werden soll. Die Frage ist, was die Stadt an Sachkosten ausgeben würde.

Antwort Frau Brederlow, amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung, m.d.W.d.G.b., sprach an, dass hier der Gesetzestext wiedergegeben wird. Es geht um die Kriterien, welche Magdeburg generell hierzu hinzuzieht.

Ende des öffentlichen Teils um 19.10 Uhr.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Frau Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Rylke
Protokollführer/in